

V-11 Humanität sichern und Asylrecht umsetzen: Die Asylverfahrensberatung muss vor Ort weiter finanziert werden!

Gremium: LV Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 08.05.2026
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Bundesinnenministerium hat angekündigt, die Finanzmittel für das
2 Bundesprogramm zur unabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB) zum 31. Dezember
3 2027 vollständig zu streichen. Begründet wird die Entscheidung mit einer nicht-
4 öffentlichen Evaluation, die die Wirksamkeit des Programms in Frage stelle.
5 Damit setzt Innenminister Dobrindt seinen migrationspolitischen Kurs fort, der
6 auf Abschottung statt auf Humanität und faire Verfahren setzt. Dieser politisch
7 motivierte Vorstoß wird ein folgenschwerer Rückschritt sein in einer Zeit, in
8 der die Asylverfahren durch die anstehende GEAS-Reform weiter verkompliziert
9 werden. Unabhängige Beratung stärkt die Rechte von Schutzsuchenden, reduziert
10 Klageverfahren und entlastet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das
11 fatale Signal, das hier vom Bund gesendet wird, dürfen wir GRÜNE nicht
12 unbeantwortet stehen lassen.
- 13 1. Druck auf die Bundesregierung erhöhen
- 14 Wir GRÜNE in NRW und unsere Landtagsfraktion fordern, dass NRW sich stark macht
15 die bundesweite Abschaffung der Fördermittel für die unabhängige
16 Asylverfahrensberatung ab 2027 zu stoppen und stattdessen ein verlässliches
17 Finanzierungsbündel für die AVB-Strukturen zu sichern.
- 18 2. Landesfinanzierung prüfen
- 19 Sollte die Bundesentscheidung bestehen bleiben, appellieren wir an die
20 Landesregierung NRW, die Fördermittel, die ab 2024 ins Bundesprogramm überführt
21 wurden, ab 2027 wieder aus dem Landeshaushalt zu kompensieren. Wir GRÜNEN in NRW
22 warten nicht nur, sondern agieren. Wir prüfen im Rahmen der Haushaltsberatungen,
23 inwiefern Finanzierungsmöglichkeiten für Asylverfahrensberatung ermöglicht
24 werden können oder ungenutzte Mittel kurzfristig umgeschrieben werden und für
25 die Wiederaufnahme der unabhängige AVB im NRW Landesförderprogramm „Soziale
26 Beratung für Geflüchtete in NRW“ bereitgestellt werden können.
- 27 3. Verantwortung übernehmen
- 28 Wir GRÜNEN bekräftigen unsere Verantwortung für eine menschenwürdige
29 Asylpolitik, unterstützen die Empfehlungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands
30 und stellen sicher, dass die AVB nicht durch intransparente Bundesentscheidungen
31 gefährdet wird. Eine Wirksamkeitsprüfung sollte zwingend öffentlich zugänglich
32 und über einen realistischen Zeitraum zwischen Einführung des Bundesprogramms,
33 Förderzusagen, Bereitstellung der Mittel und Umsetzungsphase von über einen
34 signifikanten Zeitraum stattfinden. Ohne verlässliche Finanzierung gehen
35 Fachkräfte und Expertise verloren – zum Nachteil der Geflüchteten und der
36 gesamten Gesellschaft.
- 37 4. Geschlechtersensible Asylberatung stärken

38 Geflüchtete Frauen sind in besonderem Maße auf eine unabhängige und verlässliche
39 Asylverfahrensberatung angewiesen. Viele von ihnen haben geschlechtsspezifische
40 Gewalt, Diskriminierung, Menschenhandel oder sexualisierte Übergriffe erlebt,
41 sowohl in ihren Herkunftsländern als auch auf der Flucht. Eine sensible,
42 niedrigschwellige und unabhängige Beratung schafft geschützte Räume, in denen
43 Frauen ihre Fluchtgründe offen darlegen und ihre Rechte wahrnehmen können.
44 Gerade bei komplexen Asylverfahren ist qualifizierte Unterstützung entscheidend,
45 um besondere Schutzbedarfe frühzeitig zu erkennen und faire Verfahren
46 sicherzustellen. Der Abbau dieser Beratungsstrukturen würde verstärkt
47 geflüchtete Frauen und ihre Kinder treffen und bestehende Schutzlücken weiter
48 verschärfen.

49 Wir Grünen müssen weiter Druck auf die Entscheidungsträger*innen im Bund
50 ausüben. Wir fordern ein klares Bekenntnis zu einer menschenwürdigen Asylpolitik
51 und die Sicherstellung der unabhängigen Asylverfahrensberatung in NRW.